

Heiner Flassbeck,
Friederike Spiecker:
Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen.
Westend Verlag Frankfurt/Main
2007, 304 S. (24,90 €)

Wirtschaftswissenschaftliche Texte gelten gemeinhin als trocken, insbesondere wenn sie sich um Gewinne, Steuern, Investitionen, Beschäftigung, Preise, Löhne, Kredite und Zinsen drehen. Dies sind auch die Schlüsselbegriffe des hier vorliegenden Buches – und es ist überhaupt nicht langweilig. Ganz im Gegenteil. Indem die Autoren aktuelle praktische Probleme aufgreifen und diese auf »falsche« wirtschaftspolitische Weichenstellungen zurückführen, wofür bestimmte theoretischen Vorstellungen maßgebend sind, konfrontieren sie den Leser mit komplizierten volkswirtschaftlichen Zusammenhängen, ohne jedoch ihn mit langatmigen theoretischen Ableitungen zu überfordern oder mit umständlichen Beweisführungen zu langweilen. Das Buch ist interessant, weil es aktuell ist. Und es ist spannend, weil es unorthodox ist, ja, geradezu ketzerisch, was seine Kritik an einigen Dogmen der herrschenden Wirtschaftslehre anbelangt.

Wer sich in der Volkswirtschaftslehre etwas auskennt, merkt sehr schnell, von welcher Position aus die beiden Autoren argumentieren. Namen wie Keynes, Lautenbach, Schumpeter, Wicksell und Stützel markieren die Richtung. In Bofinger, Horn und Hickel besitzen sie Verbündete. Ihre Gegner sind die Vertreter der »herrschenden Lehre«, die Neoliberalen in Theorie und Politik, sowie die »öffentliche Meinung«, der Mainstream der Medien, welcher zumeist bloß nachplappert, was die Politik gerade vorgibt.

Das Buch ist in fünf Abschnitte gegliedert. Im *ersten* Teil werden die »gängigen Erklärungen« für den Anstieg der Arbeitslosigkeit einer kritischen Untersuchung und Überprüfung unterzogen. Es wird gezeigt, dass es weder der technische Fortschritt noch die vermeintlich zu hohen Löhne sind, noch die sektorale oder regionale Lohnstruktur, noch die Globalisierung, die für den Anstieg und die Persistenz der Ar-

beitslosigkeit in Deutschland verantwortlich zu machen sind. Vielmehr ist es die Wirtschaftspolitik, die hier versagt hat und die für die Massenarbeitslosigkeit seit Anfang der 1980er Jahre die Schuld trägt. Der Begründung dieser These ist der umfangreiche *zweite* Teil des Buches, der schließlich »zu des Rätsels Lösung« führt, gewidmet (S. 147). Bevor die Autoren ihre Positionen darlegen, räumen sie aber erst einmal mit einigen lieb gewordenen Überzeugungen und altbundesdeutschen Mythen auf. Zuerst mit der »Legende vom deutschen Wirtschaftswunder«, dann mit der von der harten D-Mark. Schließlich wird auch Ludwig Erhard, der Übertäter der deutschen Nachkriegswirtschaftspolitik, vom Sockel gestoßen. Kein gutes Haar lassen die Kritiker an der Rolle der Deutschen Bundesbank wie überhaupt die Geldpolitik im Zentrum ihrer Kritik steht. In der stabilitätsfixierten Geldpolitik der Deutschen Bundesbank (und später der Europäischen Zentralbank) sei die »eigentliche Ursache« für die Massenarbeitslosigkeit zu suchen, lesen wir auf Seite 156. Demgegenüber wird das bis 1972 bestehende System von Bretton Woods über alles gelobt und die Notenbank der USA, die FED, als Vorbild für eine erfolgreiche und verantwortungsbewusste Geldpolitik hingestellt. Es sei »mehr als erstaunlich«, schreiben Flassbeck und Spiecker, mit welcher Sorglosigkeit das Bretton-Woods-System »abgeschafft wurde, das für zwei Jahrzehnte wirtschaftlicher Prosperität in Europa gesorgt hatte« (S. 163). Offensichtlich habe man die Bedeutung dieses Systems für die Wirtschaftswunderzeiten »komplett verkannt« und für letztere mit Ludwig Erhard lieber einen deutschen »Vater« verantwortlich wissen wollen. Das ist geistreich formuliert und bestimmt bedenkenswert. Übersehen wird dabei jedoch, dass das vom US-Dollar dominierte Bretton-Woods-System nicht einfach von den Europäern »abgeschafft« wurde, sondern infolge des wirtschaftlichen und politischen Niedergangs der USA Anfang der 1970er Jahre mit großem Getöse zusammengebrochen ist. Inwieweit sich ein zukünftiges Weltwährungssystem an dem alten Bretton-Woods-System orientieren könnte, ist heute eine offene Frage. In Anbetracht der grundlegend veränderten weltwirtschaftlichen Situation sind die Chancen dafür aber wohl eher gering einzuschätzen.

Heftig werden die »systematischen Fehler der deutschen Geldpolitik« seit 1974, dem Übergang der Deutschen Bundesbank zum Monetarismus, gegeißelt (S. 177 ff.). Ausgehend von den keynesianischen Grundpositionen der Verfasser, wozu die Definition der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung als »monetäre Marktwirtschaft« gehört, ist die Geldpolitik aber von »enormer Wirkung« für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Ein wichtiger Indikator ist dabei das Verhältnis von (realer) Wachstumsrate und Realzins, welches positiv sein sollte. In Deutschland aber, so wird anschaulich gezeigt, ist es seit 1980 negativ. Das heißt, der Realzins übersteigt die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (S. 180). Anders ausgedrückt: in Deutschland ist die Inflationsrate zu gering, um die Kreditaufnahme attraktiv zu machen und Wachstum zu generieren. Schuld daran ist die restriktive Notenbankpolitik. Deshalb bleibt die Wirtschaft in ihrer Entwicklung zurück und die Arbeitslosigkeit hoch.

Der *dritte* Teil ist, knapp und präzise, einigen volkswirtschaftstheoretischen Überlegungen und Paradoxien gewidmet. Dabei geht es insbesondere um die Richtigstellung dezidiert falscher, aber nichtsdestotrotz sehr populärer Auffassungen zum Sparen (als Voraussetzung für Investitionen) und zur Staatsverschuldung (als Belastung künftiger Generationen). Sehr überzeugend ist auch die Zurückweisung »einzelwirtschaftlicher Herangehensweisen« in Wissenschaft und Politik. Was dagegen Not tut, »um der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden, ist ein neues Verständnis für makroökonomische Zusammenhänge und Konjunktur...« (S. 270). Besondere Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang verdienen eine »aktive Geldpolitik« nach amerikanischem Vorbild, eine Finanzpolitik, welche die Geldpolitik ergänzt und flankiert, ferner eine »verteilungsneutrale Lohnpolitik«, bei welcher sich der Lohnzuwachs am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt orientiert, die Einführung einer »globalen Finanz- und Währungsordnung« sowie eine »intelligente Reform« des Sozialstaates, wozu unbedingt die Einführung eines Mindestlohnes sowie eine Gesundheits- und Rentenreform gehören. Geldpolitik und Lohnpolitik sind die Kernfelder einer klugen Wirtschaftspolitik. Soll die Massenarbeitslosigkeit tatsächlich beseitigt

werden, so ist hier und nirgendwo anders anzusetzen. So die unmissverständliche Botschaft des Buches.

ULRICH BUSCH

Heinz Langer:
Die lebendige Revolution.
Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit. Verlag wiljo heinen, Böklund 2007, 271 S. (12,00 €)

Der Entwicklung im sozialistischen Kuba gehörte seit dem Sieg der Revolution 1959 das besondere Interesse der Linken sowohl in Ost- als auch in Westeuropa. Nach dreißig Jahren geriet Kuba Anfang der 90er Jahre für geraume Zeit fast gänzlich in Vergessenheit bei den Linken, die das Ende des Realsozialismus in Europa zu verkraften bzw. zu verarbeiten hatten. Dann stellte man erstaunt fest, dass das sozialistische Kuba »übrig geblieben« war. Viele der nunmehr beschworenen Ursachen für das Ende des Realsozialismus, vom Einparteiensystem bis zur Planung der Wirtschaft, treffen schließlich auch auf Kuba zu. Warum das nach nunmehriger Auffassung vieler Linker strukturell von Anfang an zum Untergang bestimmte System des Sozialismus ausgerechnet auf Kuba überlebt hatte, wurde nicht näher analysiert. Viel einfacher war es zu prophezeien, dass auch für Kuba eine Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus zwangsläufig und in naher Zukunft zu erwarten sei.

Vor allem gegen diese Sicht dieser »Theoretiker der linken Szene« hat Heinz Langer, ehemaliger Botschafter der DDR in Kuba und Kenner des Landes und der Region, sein Buch geschrieben. Der Untertitel »Die lebendige Revolution« weist darauf hin, dass der Autor keineswegs die Auffassung vertritt, dass der Sozialismus in Kuba objektiv an seine Grenzen gestoßen ist.

Den Nachweis führt Langer in zwei Richtungen. Erstens ist er der Auffassung, dass die sozialistische Entwicklung bis 1989 in Kuba anders gelaufen ist als in der DDR bzw. den Ländern Osteuropas. Zweitens beschreibt er faktenreich, wie es Führung und Volk Kubas in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten ge-

lang, die durch den Zusammenbruch des Realsozialismus auf Kuba zukommende wirtschaftliche und soziale Katastrophe erfolgreich abzuwenden.

An Besonderheiten der kubanischen Entwicklung bis 1989 hebt Langer drei hervor: *Einmal* sei der Sieg der Rebellenarmee 1959 ein Ergebnis jahrzehntelangen Kampfes um die Souveränität der Insel gewesen, eines Kampfes gegen Sklaverei, Kolonialismus und nicht – wie in der DDR und einigen anderen Ländern Osteuropas – ein Ergebnis der Befreiung durch sowjetische Truppen. »Die Ideale aus den Schlachten gegen fremde Herrschaft waren Motivation für den Kampf der Rebellenarmee und gruben sich in den Jahren nach dem Sieg tief in das Bewusstsein des Volkes und besonders der Jugend ein. Es war bedeutsam, dass bereits lange vor dem Sieg am 1. Januar 1959 eine grundlegende politisch-ideologische Orientierung und eine reiche revolutionäre Praxis aus den Befreiungskriegen im Volk vorhanden war« (S. 9).

Langer beschreibt ausführlich diese Kämpfe, aus denen sich die spezifische kubanische Revolutionserfahrung ableitet.

Zweitens sei es Kuba, ungeachtet seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion, die auf dem Austausch von Zucker gegen Erdöl zu Sonderbedingungen beruhte, gelungen, einen größeren Autonomie bei strategischen Entscheidungen zu bewahren als die DDR bzw. die meisten Länder Osteuropas. *Drittens* habe Kuba, anders als Osteuropa, nie ein Ende des kalten Krieges erlebt. Die gleichbleibend feindliche Politik der USA gegenüber Kuba habe »die kubanische Führung stets zur Konsequenz in den politischen Entscheidungen gezwungen« und habe sie »zu strengster Wachsamkeit« verpflichtet. Der erbitterte Kampf der USA gegen die kubanische Revolution wird im Buch bis in die Gegenwart, bis zum »Bush Plan I« (2004) und »Bush-Plan II« (2006) beschrieben.

Auf welche Weise es Kuba gelang, die Krise, die der Rückzug der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Ländern in der Wirtschaft Kubas bewirkte, zu bewältigen, ist in weiteren Kapiteln, die etwa zwei Drittel des Buches umfassen, dargestellt. Für das Ausbleiben des Kollaps, nennt Langer vor allem zwei Momente: den Willen der Führung, den sozialistischen Weg auch unter äußerst ungünstig gewordenen Bedingungen weiter zu gehen und

die Bereitschaft der großen Mehrheit des kubanischen Volkes, der Führung ungeachtet einer deutlichen Verschlechterung der materiellen Lebenslage zu folgen. Die politische Führung war allerdings darauf bedacht, die vom Volk geforderten materiellen Opfer in Grenzen zu halten, und zwar nicht allein durch Beibehaltung der Errungenschaften in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen. Sie konnte nicht umhin, auf wirtschaftlichem Gebiet Kompromisse einzugehen. Einerseits vollzog sich die Lohnentwicklung oberhalb der Produktivitätsentwicklung, wurden zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit Beschäftigungsprogramme geschaffen und die Mittel dafür dem Unterhalt der Infrastruktur entzogen.

Andererseits wurden zwecks Ankurbelung der Wirtschaft der Tourismus vorangetrieben und ausländische Investoren (z. B. aus Kanada und Spanien) zu für sie günstige Bedingungen ins Land geholt. Der Dollar wurde Zweitwährung, mit allen davon ausgehenden, dem sozialistischen Leistungsideal widersprechenden Folgen – wie der Begünstigung der im Tourismus bzw. in Joint Ventures Beschäftigten und der Privilegierung der Empfänger von Geldsummen, die Verwandte aus Florida an sie überwiesen.

Als sich nach Ende der 1990er Jahre die kubanische Wirtschaft wieder stabilisierte, ging die kubanische Führung dazu über, die in der »Sonderperiode« eingetretenen Schäden zu beseitigen. Diese waren einerseits materieller Art und besonders im Wohnungs- und Energiewesen spürbar. Andererseits war es auch zu Erscheinungen des moralischen Verfalls wie Prostitution; Schwarzmarkt und Missbrauch von Volkseigentum gekommen.

Bei der Bekämpfung dieser problematischen Entwicklungen arbeitete die Führung eng mit dem Volk zusammen, wie auch schon die Einführung des Notstandsprogramms 1990 das Ergebnis einer breiten Diskussion mit der Bevölkerung gewesen war.

Zu beschreiben, wie die Zukunft Kubas aussehen wird, kann man von Langer nicht verlangen, zumal sich auch die kubanische Führung verschiedene Wege offen hält. Der Autor betrachtet aber die während der gesamten Periode der sozialistischen Revolution auf Kuba gezeigte Bereitschaft der Führung, Probleme offen anzusprechen, die Bevölkerung zu kon-

sultieren, und die eigene Politik gegebenenfalls zu korrigieren als ausreichende Garantie weiterer erfolgreicher Schritte beim Aufbau des Sozialismus in Kuba.

Den Band schließt ein Personen- und Sachwortverzeichnis ab. Die Beifügung einer Chronik hätte man sich gewünscht.

JÖRG ROESLER

**Roland Klautke,
Brigitte Oehrlein (Hrsg.):
Prekarität – Neoliberalismus –
Deregulierung. Beiträge des
»Kritischen Bewegungsdiskurses«.
VSA-Verlag Hamburg 2007,
212 S. (11,80 €)**

Die Intention der Autoren in diesem Sammelband ist die Initiierung eines »Kritischen Bewegungsdiskurses«, »in dem theoretische Auseinandersetzungen nicht allein unter den Gesichtspunkten wissenschaftlicher Fragestellungen, sondern genauso unter denen der Fokussierung auf die Handlungsflächen sozialer Bewegungen geführt werden« (S. 7). Dabei werden allgegenwärtige Themen bearbeitet, wie beispielsweise bedingungsloses Grundeinkommen, globale soziale Rechte, Privatisierung, Prekarität, oder auch die Demokratisierung der Wirtschaft mit Hilfe der Gewerkschaften.

Den Anfang macht Christina Kaindl. Sie diskutiert in ihrem Beitrag den Begriff des Neoliberalismus und die aus ihm resultierende prekäre Lebensweise. Die »Grundvorstellung neoliberaler Konzepte ist die Überantwortung aller gesellschaftlichen Prozesse an Mechanismen des Marktes. Wenn dieser ungehindert herrsche, dann bildeten sich funktionierende Verhältnisse auf den verschiedenen Märkten heraus – nicht im Sinne eines gerechten Gleichgewichts, sondern im Sinne der Selektion der Besseren« (S. 18). In den letzten Jahrzehnten habe sich eine neue Produktionsweise herausgebildet. »Flexibilität in Zeit und Raum sind gefragt, um mit den über den Globus verstreuten Produktionsstätten mithalten zu können« (S. 22). Diese neoliberalen Strukturen erzeugen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Verbreitung des Niedriglohnssektors.

Mario Candeias untersucht den Begriff der Prekarisierung in unterschiedlichen Dimensionen. Für ihn beinhaltet er zum Beispiel »Arbeitsverhältnisse oder Formen der abhängigen Selbstständigkeit ohne existenzsicheres Einkommen« aber auch die »tendenzielle Ausgliederung aus betrieblichen bzw. kooperativen Strukturen, zur raum-zeitlichen Isolierung und Zerstörung von Sozialkontakten« (S. 44). Dabei sei es wichtig zu erwähnen, dass es »nicht um einen Prozess, der bestimmte Randgruppen betrifft, sondern um eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung« gehe (S. 45). Als Ausweg aus dieser misslichen Situation skizziert Candeias den gesellschaftlichen Widerspruch im Arbeitsalltag als Mittel des Widerstandes. Die »Überbeanspruchung der Arbeitskraft und immer drohender Verlust von Arbeit verallgemeinert auch das Problem der Absicherung diskontinuierlicher Lebensläufe« (S. 59). Oder mit Brecht gesprochen: »Operieren können mit Antinomien«.

Als Strategie gegen die Prekarität fordert Werner Rätz soziale Sicherheit für alle durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Er formuliert, dass Menschen in der heutigen modernen Gesellschaft ein Einkommen benötigen und dieses nicht immer so war. Auch heutzutage leben noch viele Menschen von der Sub-sistenzwirtschaft, sprich von selbst produzierten Nahrungsmitteln. »Aber ihre Zahl schrumpft und die Mehrzahl benötigt ein Einkommen, um sich die Dinge des täglichen Bedarfs beschaffen zu können. In den industrialisierten Gesellschaften gilt das für praktisch jede und jeden« (S. 121). Die Realisierung eines gesicherten Lebensstandards ohne Geld ist in unseren Breitengraden ziemlich beschränkt. Nun fragt sich der Autor: »Wie kommen wir an Geld?« und kommt zu dem Ergebnis, »Wer kein Vermögen hat, benötigt Einkommen« (S. 122). Wer aber darauf beharrt, so der Autor, dass soziale Sicherung und Einkommen ausdrücklich der Erwerbsarbeit bedingen, der vertritt eine unerfüllbare Forderung, »weil es Erwerbsarbeit in dem Umfang, der für Vollbeschäftigung notwendig wäre, nicht gibt und nicht wieder geben wird« (S. 126). Ein bedingungsloses Grundeinkommen nützt vielen, so die These von Rätz, da man nun beispielsweise die Dinge machen könnte, welche aus wirtschaftlichen Gründen nicht machbar gewesen wären, etwa Studieren oder Schreiben (S. 129).

Alex Demirovic diskutiert in seinem Beitrag die Möglichkeiten einer Wirtschaftsdemokratie mit Hilfe der Gewerkschaften. Er schildert kurz die fast fünfzigjährige Tradition von wirtschaftsdemokratischen Impulsen, angefangen durch die Reformversuche in der Tschechoslowakei in den späten 1960er Jahren, in Frankreich in den 1970er Jahren durch die Diskussion der Selbstverwaltung, in Schweden durch den Meidner-Plan zur Einrichtung von Investitionsfonds (S. 184). Für ihn ist es notwendig, das Bewusstsein einer Demokratisierung der Wirtschaft zu erneuern, da angesichts der Globalisierung das Kapital »wie ein Bereich erscheint, in dem Naturgesetze herrschen« (S. 184). Im Mittelpunkt stehen die Gewerkschaften und ihre Politik. Sie sollen sich auf ihre demokratische Kraft besinnen – und nicht nur allein als eine Interessenvertretung verstehen, nur dann können sie aus ihrer Schwäche herausfinden. Es ist an der Zeit, so Demirovic, für einen »demokratischen Meinungsstreit« einzutreten, der die Rechte der Arbeitenden und aus dem gesellschaftlichen Leben Ausgeschlossenen erkämpft (S. 191). Eine wichtige Rolle übernehmen dabei die Gewerkschaften, welche aus ihrer besonderen Lage begründen können, »eine Kraft demokratischer Allgemeinheit« (S. 191) zu sein.

Wenn von Rechten bzw. von globalen Rechten im Besonderen die Rede ist, beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass sie weder qua Geburt gesetzt sind noch staatlicherseits verfügt werden. Gregor Samsa entgegnet, dass sie vielmehr sozialen Kämpfen von unten entspringen. Inwieweit globale Rechte sich aber durchsetzen ist das Ergebnis »gesamtgesellschaftlicher Kräftekonstellationen« (S. 201). Jedoch sollte man immer skeptisch sein, wenn globale Rechte in zahlreichen Konventionen, Grundrechtskatalogen oder Präambeln niedergelegt sind. Dieser Aspekt ist auf keinen Fall mit der Kodifizierung im positiven Recht gleichzusetzen. Positives Recht ist ein Synonym für tatsächlich geltendes Recht – einschließlich der Repression des staatlichen Apparates (S. 205). Dennoch: »jeder Mensch hat, nur weil es ihn gibt, das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und am gesellschaftlichen Leben« (S. 209; vgl. AttacBasisTexte 17).

Insgesamt gesehen ist der vorliegende Sammelband sehr zu empfehlen, da er die Untersu-

chung des Themas Prekarisierung nicht nur aus rein wissenschaftlicher Selbstverständigung vornimmt, sondern eine Brücke zu den sozialen Bewegungen schlägt. Die Publikation zielt auf eine Vertiefung der theoretischen Auseinandersetzung ab, und versucht Ansätze zur Entwicklung einer anti-neoliberalen Gegenhegemonie zu skizzieren, welche heutzutage wichtiger ist denn je.

DOMINIK ELTGES

Nils Zurawski (Hg.):
**Surveillance Studies. Perspektiven
 eines Forschungsfeldes.**
 Verlag Barbara Budrich Opladen/
 Farmington Hills 2007,
 183 S. (19,90 €)

Überwachung und Kontrolle haben auf allen gesellschaftlichen Ebenen neue und nie gekannte Ausmaße angenommen. Dabei spielt die zunehmende Technisierung und Automatisierung von Überwachung eine zentrale Rolle, in deren Folge immer stärker nicht das einzelne Individuum, sondern ganze soziale Gruppen, Kontexte, Räume etc. im Fokus stehen – und es vielfach nicht nur um das Beobachten, sondern um das Einstufen (als potentieller »Gefährder«, als bestimmter Typus Kunde etc.) geht. Dieser neuen Qualität von Überwachung stehen einzeldisziplinäre Bezüge häufig etwas hilflos gegenüber, gelingt es doch selten, alle Facetten zusammenzubringen. Abhilfe verspricht der interdisziplinäre Ansatz der Surveillance Studies, in dem u. a. sozial- und kulturwissenschaftliche, philosophische und juristische Perspektiven zusammengeführt werden sollen und der in der internationalen Diskussion beispielsweise mit dem Namen David Lyon verbunden ist.

In Deutschland gibt es seit wenigen Jahren entsprechende Vorstöße, v. a. angeregt durch Nils Zurawski, der an der Uni Hamburg ein DFG-Projekt zur Videoüberwachung leitete und als Initiator des Forschungsnetzwerks Surveillance Studies in Erscheinung trat. In diesen Kontext ist auch der vorliegende Band einzuordnen, der verschiedene Perspektiven des Forschungsfeldes einführend darstellen soll.

So benennt der Herausgeber in seiner Einleitung auch zentrale Aspekte der neuen Überwachungspraxen und versucht sich – als einziger Autor des Bandes – an einer Definition und Umgrenzung des Forschungsfeldes. Als zentrale Perspektiven der Surveillance Studies führt er auf: Anthropologie/Kulturgeschichte, Macht/Institutionen, soziale Sortierung und Mapping/Wahrnehmung/Raum. Leider können die folgenden Beiträge, dies ist Zurawski jedoch bewusst, diesen Facettenreichtum nur auszugsweise abbilden.

Thematisch lässt sich – analog zu entsprechenden Priorisierungen im Forschungsfeld – ein deutlicher Schwerpunkt bei der Videoüberwachung ausmachen, allein drei Beiträge einschlägiger Autoren (Eric Töpfer, Gisbert van Elsbergen, Leon Hempel) widmen sich dieser verbreiteten Überwachungstechnologie. Aus juristischer Perspektive untersucht Gerrit Hornung die Möglichkeit einer rechtlichen Bewertung neuer Überwachungstechnologien.

Manfred Rolfes widmet sich dem spannenden Thema des Raumes – wie werden sichere und unsichere Räume sozial konstruiert? So gut wie alle Debatten über Kriminalität, insbesondere über Kriminalität im Nahbereich wie in Städten, verlaufen raumbezogen: An einem bestimmten Ort ist es unsicher, ein bestimmtes Viertel muss sicherer werden durch Schaffung einer kameraüberwachten Zone, bestimmte Orte sind zu meiden. Auch die Mittel zur Kriminalitätsreduktion setzen raumbezogen an: Sonderbefugnisse für die Polizei an dauerhaft oder ad hoc definierten »gefährlichen Orten«, Kameraüberwachung, Betretungsverbote etc. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Sozialwissenschaften, Geowissenschaften und verwandten Bereichen könnten sich vermutlich darauf einigen, dass »Raum« mehr ist als Steine, Sand und Grenzen und sich in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Prozessen wandelt oder herausbildet. An Beispielen aus einer Brandenburger Debatte (wiederum zur Videoüberwachung) orientiert, stellt Rolfes die Verwendung von Raumsemantiken heraus und verweist auf den Paradigmenwechsel von einer Subjektorientierung hin zu einer Raumorientierung. Rolfes macht sich für eine konstruktivistisch-geografische Analyse der Raumbedeutungen stark. Allerdings verliert er sich etwas in systemtheoreti-

schen Überlegungen, so dass sein Beitrag an Schärfe verliert.

Nils Zurawski ergänzt die Raumperspektive durch einen Beitrag zu Karten. In einem ersten Teil führt er Begriff und Methode des *cognitive mapping* im Anschluss an Frederic Jameson ein. Dabei geht es um Raumwahrnehmung und -verstehen, um individuelle und kollektive Kartierungen. Im o. g. Hamburger DFG-Projekt wurde untersucht, wie Videoüberwachung die Raumwahrnehmung beeinflusst. Hierzu wurden *mental mappings*, in Karten visualisierte und von Interviewten erhobene Daten, benutzt. Anschließend konnten beispielsweise die Bewegungsräume der Personen mit ihrer Wahrnehmung gefährlicher oder sicherer Gegenden verglichen werden – als unsicher galten v. a. unbekannt Gebiete. Zurawski gelingt anschließend der Bezug zu allgemeinen Debatten um die neue Qualität der Überwachung, den man sich bei einigen anderen Beiträgen gewünscht hätte.

Christiane Schulzki-Haddouti benennt die alltäglichen, häufig unbemerkten Datenerhebungen, denen die Menschen ausgesetzt sind: beispielsweise die lebenslange Verfolgbarkeit erworbener Güter mittels drahtlos auslesbarer Identifikationschips (RFID) oder die Zusammenführung der Daten mit jenen anderer Menschen zum Erzeugen von Profilen von Kundinnen und Kunden oder zur Analyse von Beziehungsnetzen und sozialen Gruppen durch staatliche Schnüfflerinnen und Schnüffler. Einen Schwerpunkt setzt die Autorin bei den ortsbezogenen Daten, die etwa Standortdaten zu Kommunikationsvorgängen, zu Fotoaufnahmen oder einfach beim Mitführen von Mobiltelefonen umfassen. Auch die komplette Erfassung von PKW-Fahrten wird inzwischen (noch auf freiwilliger Basis im Rahmen von Kfz-Versicherungsverträgen) praktiziert. Und schließlich – hier gibt es seit Erscheinen des Bandes weitere »Fortschritte« und Anwendungsbeispiele – wird der Körper selbst zum (kameraerfassten und maschinell ermittelbaren) Identifikationszeichen, so dass auch jene in ihrem Konsumverhalten, politischem Engagement oder ganz alltäglichen Leben identifizierbar werden, die Technikabstinenz üben. Schulzki-Haddouti zieht entsprechend ein pessimistisches Fazit, in dem sie die Allgegenwart der Datenerhebungen als eine Entwicklung be-

schreibt, der man sich kaum entziehen kann. Ob die bisher aufgetretenen und stärker zu erwartenden Sicherheitsprobleme und Missbrauchsfälle für die neue, vielfach private, Überwachung Akzeptanzprobleme bringen werden, wie die Autorin andeutet, bleibt angesichts der bisherigen Erfahrungen fraglich.

Weitere lesenswerte Artikel von Tobias Singelnstein und Peer Stolle (Von der sozialen Integration zur Sicherheit durch Kontrolle und Ausschluss) und Martin Henatsch (Kunst im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit) runden den Band ab.

Das Vorhaben, dieses neue, interdisziplinäre Feld in einem Sammelband einführend darzustellen, ist schwierig. Gerade Erkenntnisgewinne aus der Verbindung verschiedener Ansätze machten den Reiz des Unterfangens aus. Selbstverständlich erfordert dies nicht die Wandlung aller Beteiligten zu Universalistinnen und Universalisten, aber ein wechselseitiger Bezug wäre hilfreich. Für weitere Arbeiten wäre es wünschenswert, auch die zwar benannten, aber im Band wenig ausgeführten Perspektiven auf Macht und Herrschaft sowie auf die soziokulturellen Auswirkungen von Überwachung zu stärken. Dabei könnte eine Ausweitung in Richtung nicht-staatlicher Überwachung, beispielsweise am Arbeitsplatz, im Kundenverhältnis zu Handel, Banken und Versicherungen oder auch privaten Freund- und Partnerschaften nötig und hilfreich sein.

MARCO TULLNEY

Freerk Huisken:
Über die Unregierbarkeit des Schulvolks – Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw. VSA Hamburg 2007, 173 S. (12,80 €)

Freerk Huisken, von 1971 bis 2006 Hochschul-lehrer an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors, hat mit seinem Buch »Erziehung im Kapitalismus« (Hamburg 1998) ein Standardwerk marxistischer Schulkritik vorgelegt. Seine neue Veröffentlichung, die vier Aufsätze versammelt, basierend auf Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Autors,

schreibt diese Kritik fort und bezieht sie auf die Reizthemen der aktuellen bildungspolitischen Diskussion: Rütli-Schule und Rolle der Hauptschule, PISA-Befunde zu Selektion und Schulversagen, bildungsferne Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund, Jugendgewalt und Schulattentate.

Das, was hier verhandelt wird, firmiert sonst meist unter dem Titel Bildungsbenachteiligung. Darunter soll man die entscheidende soziale Frage der heutigen »Wissensgesellschaft« verstehen, die aber dann – siehe die »Unterschicht«-Debatte vom Jahresende 2006 – mit einer bemerkenswerten Schuldzuweisung verbunden wird: Die »bildungsfernen« Milieus, das »abgehängte Prekariat«, die Migrantenfamilien mit ihren »Integrationsdefiziten« lassen es angeblich an Bildungs- und Aufstiegsbereitschaft fehlen, so dass im Grunde nicht viel mehr als Motivationshilfe auf der Tagesordnung der Politik steht. Die »Bringschuld«, wie es neudeutsch heißt, liegt ganz auf Seiten der gesellschaftlichen Problemgruppen. Diesen öffentlichen Diskurs liest Huisken gegen den Strich.

Er setzt am Konstruktionsprinzip des dreigliedrigen Schulsystems an und stellt als dessen entscheidende Leistung die Selektion für eine gesellschaftlich vorgegebene Hierarchie der Berufe heraus. Erst auf Grund einer solchen bildungsökonomischen Analyse, die die politisch gewollte Vorsortierung für den – potenziellen – Bedarf des Arbeitsmarktes festhält, lasse sich das schulische Verfahren einer Leistungskonkurrenz erklären, das mit Notwendigkeit Schulverlierer produziere und die Grundlage für einen dysfunktionalen Umgang mit den Konkurrenz-niederlagen lege. Der hierauf bezogene »Kult des Selbstbewusstseins«, der sich im Einklang mit der offiziellen Konkurrenzideologie befinde (»Jeder ist seines Glückes Schmied«) führe dann zu den immer wieder mit Überraschung konstatierten »Einzelfällen« rücksichtsloser Gewaltausbrüche an Schulen und zwischen Schülern.

Damit wendet Huisken sich kategorisch gegen die in Fachwissenschaft und öffentlicher Kommentierung beliebte Konstruktion eines Jugendproblems, speziell der »Jugendgewalt«, die heute (wieder) als besondere Herausforderung für die Erziehung (swissenschaft), für Bildungs- und Jugendpolitik gilt. Er bestreitet

nicht, dass es eine Zunahme gewalttätigen Verhaltens gibt. Er bestreitet allerdings die ideologischen Prämissen des einschlägigen Diskurses. Hier liege keinesfalls, wie immer wieder behauptet, eine Verweigerung gegenüber den großzügigen Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe vor, sondern ein vorgängiger, politisch ins Werk gesetzter Ausschluss von Bildungs- und Berufskarrieren, in dessen Konsequenz sich dann verschiedene Formen »abweichenden Verhaltens« einstellten.

In einem ersten Schritt wird die Ethnisierung des Problems, die Zuschreibung von Schulversagen an die Adresse der Migrantenfamilien mit ihren Integrationsdefiziten, kritisiert. Das führt zur zentralen Selektionsfunktion des Schulwesens. Davon ausgehend, wird der Umgang Jugendlicher mit Erfolg und Misserfolg in der Leistungskonkurrenz analysiert und vor allem der als unerklärlich präsentierte Tatbestand, dass der Nachwuchs sich nicht hundertprozentig an die Konkurrenzregeln hält, sondern mit Brutalisierung und Verrohung, auch mit offenem Rechtsverstoß bis hin zu spektakulären Zwischenfällen reagiert. Huisken greift die Vorstellung an, dass sich das Gemeinwesen der Gewaltfreiheit verschrieben habe, und thematisiert den durchgängigen Gewaltbedarf nationalstaatlich betreuter Marktwirtschaften. Ein Zusatzkapitel geht auf den angeblich entscheidenden Einfluss der Medien – Stichwort »Killerspiele« – ein, wobei der Autor in solchen jugendschützerischen Theorien einen krassen Fall von Ablenkung sieht.

Am Beispiel der Extremfälle Erfurt und Emsdetten greift Huisken nochmals das Prinzip der Konkurrenz auf, das heute nicht nur in Schule und Ausbildung, sondern überhaupt bei der Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse als unverzichtbar, ja als wohltätige Veranstaltung gilt. Huisken unterzieht diese Vorstellung einer grundsätzlichen Kritik und legt sowohl die gesellschaftlichen Kosten des Verfahrens als auch seine problematischen Verarbeitungsformen dar. Das heißt in erster Linie: die Etablierung einer machtvollen Konkurrenzideologie, die mit ihrer Psychologisierung von Erfolg und Niederlage die Voraussetzung schafft, dass sich ein individuelles Geltungsbedürfnis auf einem neuen Feld des Wettstreits um Selbstbild und Selbstdarstellung betätigt – und den Kampf um Anerkennung notfalls mit Gewalt austrägt.

Das Buch ergreift nicht Partei für die – widerständigen – Opfer der schulischen Selektion. Es legt vielmehr die Parteilichkeit bloß, die auf abweichendes Verhalten umstandslos mit Vorschlägen zu Integration, Mediation, aggressionsabbauenden Trainings, Prävention reagiert und damit letztlich immer nur zu erkennen gibt, dass Jugendliche sich zu fügen haben. Mit dieser Kritik ist natürlich, wie auch der Diskussionsteil des Bandes nochmals zur Sprache bringt, nicht nur ein Kontrapunkt zum Mainstream der pädagogischen Ansätze und Denkformen gesetzt, sondern auch zu den Prämissen der hiesigen Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft.

VINZENZ BOSSE